

Seenotrettung & Regierungsbildung



Created by Pichonaphat Thongrithong
from Noun Project

Koalitionsverhandlungen

Nach den Landtagswahlen in Sachsen haben erwartungsgemäß **Gespräche zwischen CDU, Grünen und SPD** begonnen. Sachsen soll augenscheinlich in der Zukunft von einer Kenia-Koalition regiert werden. Im am veröffentlichten Sondierungspapier sind Asyl und die Teilhabe von Migrant*innen nur am Rande ein Thema.

Festgehalten sind: „Die Wahrung der Menschenwürde“ von Geflüchteten, Freiwillige Ausreise statt Abschiebungen, die „Verbesserung“ der Asylverfahrensberatung und des Bildungszugangs in den Unterbringungseinrichtungen im Bereich Asyl. Das ist **ziemlich wenig**.

Auch im Bereich „Integration“ bleibt jenseits des Bekenntnisses zu „Integration als Gemeinschaftsaufgabe von Zugewanderten, Staat und Gesellschaft“ recht wenig. Lediglich die „Verbesserung der Anerkennung von Berufsabschlüssen“ und die „Berücksichtigung des Anliegens von Vertriebenen und Spätaussiedler*innen“.

Nach diesem Sondierungspapier wird es im migrationspolitischen Bereich und im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung der sächsischen Gesellschaft keinen Paradigmenwechsel geben.

Immerhin wurden im Sondierungspapier **einige wichtige und empfindliche Punkte als Dissens** festgelegt. Hier muss sich zeigen, ob sich die kleineren Partner*innen gegen die CDU durchsetzen, oder sicher in einigen Fällen auch die Grünen gegen schwarz-rot.

Dissense sind:

- Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen,
- die Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete und
- Landesprogramme, z. B. zur Aufnahme von aus Seenot Geretteten und von Jesidinnen und Jesiden



Created by Blaise Sewell
from Noun Project

Forderungen an die Koalitionspartner

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen fordert die LINKE mögliche Koalitionspartner*innen der CDU auf, für folgende Verbesserungen **selbstbewusst einzustehen**:

- Schließung des Dresdener Abschiebeknasts und Aufhebung des Abschiebehaftvollzugsgesetzes
- Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan und als ersten Schritt einen allgemeinen Abschiebestopp im Winter
- ein sächsisches Landesaufnahmeprogramm für bestimmte Gruppen, z.B. für Jessid*innen und aus Seenot gerettete Menschen
- Abschaffung der Sachsen-internen Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge
- Abschaffung der „Wohnpflichtsverlängerungsverordnung“ für die Erstaufnahmeeinrichtungen
- Einführung von Standards für die Erstaufnahmeeinrichtungen (Asylverfahrensberatung, Erkennung und Versorgung besonders Schutzbedürftiger, Bildungszugang für unter 18-jährige, Unverletzlichkeit der Wohnung...)
- dezentrale Unterbringung statt Lager
- Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und Modellprojekt zur Versorgung von Sans-Papiers
- Einführung eines sächsischen Integrationsgesetzes bzw. Migrant*innenteilhabefördergesetz
- Beibehaltung und Aufwertung des Integrationsministeriums

Die LINKE unterstützt die Forderungen der Landesflüchtlingsräte, die diese nach der Wahl gemeinsam formuliert haben und weist auf den umfangreichen Forderungskatalog des Dachverbandes Sächsischer Migrant*innenorganisationen hin, der bereits vor den Wahlen der Öffentlichkeit präsentiert wurde.



Leipzig als Sicherer Hafen

Im März 2019 hat sich die Stadt Leipzig der **Seebrücke-Bewegung** angeschlossen. Der Stadtrat hat auf Initiative der Linksfraktion beschlossen, jedes Jahr zusätzlich bis zu 100 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete aufzunehmen.

Im Mai hat daraufhin der Oberbürgermeister den sächsischen Innenminister und den Bundesinnenminister angeschrieben. Beide Ministerien dankten der Stadt Leipzig für ihre Bereitschaft, lehnten aber ab, das Angebot zu unterstützen und umzusetzen.

Der **sächsische Innenminister** nannte als Grund, dass Sachsen durch verschiedene Aufnahmeprogramme seit 2013 schon 2811 zusätzliche Menschen aufgenommen habe. Außerdem solle der Freistaat keine „weiteren Anreize dafür geben, sich auf die gefährliche Reise über das Mittelmeer zu wagen“ und auf diese Weise „tragische Todesfälle (...) verhindern“.

Dass sich viele Menschen gerade aus Angst vor Erniedrigung, Folter und Tod auf das Mittelmeer wagen, wird hier zynisch außer Acht gelassen: Flüchtlingsabwehr rettet hier offenbar Leben.

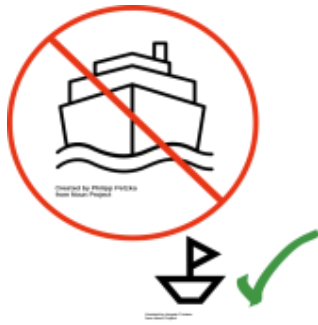
Zudem zeugt die Antwort des Innenministers von großer Selbstüberschätzung, da eine zusätzliche Aufnahme von 100 Geretteten durch die Stadt Leipzig wohl kaum die Nachricht des Tages an den Küsten Nordafrikas und der Türkei werden wird. Andere Bundesländer wie z.B. Brandenburg oder Bremen gehen mit dem Konzept von Sicheren Häfen deutlich kooperativer um.

Das **Bundesinnenministerium** antwortete der Stadt Leipzig, dass die Bundesregierung in den letzten Monaten schon „in mehreren Fällen“ freiwillig die Zuständigkeit für Gerettete aus dem Mittelmeer übernommen hat. Außerdem habe das BMI in die Wege geleitet, dass freiwillig in Deutschland aufgenommene Gerettete besonders in diejenigen Kommunen verteilt werden, die sich freiwillig gemeldet haben. Das war nun aber nicht gerade das Ziel: Die freiwillige Meldung sollte schließlich zur *Aufnahme zusätzlicher Menschen* führen!

Die Stadt Leipzig wird sich nun noch über den **Deutschen Städtetag** für die Aufnahme von Geretteten einsetzen.

An dieser Stelle wollen wir alle Leser*innen aus anderen sächsischen Kommunen ermutigen, ebenfalls ein Seebrücke-Bündnis in ihrem Ort zu gründen und in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Aufnahme von Geretteten hinzuwirken. Leipzig ist bisher der einzige Sichere Hafen in Sachsen. So können wir zusammen der Bewegung mehr Durchsetzungskraft verleihen!
Zur Seebrücke

[Zur Seebrücke](#)



Seenotrettung auf EU-Ebene: Der Malta-Gipfel

Am 08. Oktober haben die EU-Innenminister beim Malta-Gipfel über die Seenotrettung diskutiert. Die fünf Mitgliedstaaten Italien, Malta, Deutschland, Finnland und Frankreich hatten sich im Vorfeld auf eine Initiative geeinigt, um in Zukunft Rettungsschiffe nicht mehr vor den Häfen „auszuhungern“, weil niemand die Geretteten aufnehmen will. Italien und Malta hatten sich geweigert, ohne eine solche Zusage durch andere EU-Staaten die Schiffe in die Häfen zu lassen.

Es wurde folgender sog. „Notfallmechanismus“ beschlossen: Schiffe, die Geflüchtete im Mittelmeer aus Seenot gerettet haben, sollen wieder in italienischen Häfen anlegen dürfen. Die Menschen an Bord sollen innerhalb von vier Wochen **auf EU-Länder verteilt werden, die sich freiwillig dazu bereit erklären**. Nur eine kurze ärztliche Untersuchung und eine Sicherheitsüberprüfung soll es vor der Umverteilung geben, die Anerkennungschancen sollen keine Rolle spielen.

Die freiwillige Vereinbarung soll nur sechs Monate lang gelten. Beteiligte Länder können außerdem **sofort aus der Vereinbarung aussteigen**, wenn wieder deutlich mehr Migrant*innen über die zentrale Mittelmeerroute kommen sollten. Außerdem will die EU weiter mit der „libyschen Küstenwache“ kooperieren.

An der Vereinbarung gibt es zahlreiche Kritikpunkte, u.a. von Proasyl: Zum einen ist die „libysche Küstenwache“ eine bewaffnete Organisation, die Migrant*innen lediglich in **libysche Haftlager** zurückbringt. Dort gibt es Hinrichtungen, Folter und Gewalt. Zudem ist der libysche Bürgerkrieg erneut ausgebrochen und bedroht das Leben der Schutzsuchenden.

Weiterhin geht es in der gesamten Verhandlung **nur um Geflüchtete, die auf „Hoher See“ gerettet wurden**. Der Seeweg zwischen Griechenland und der Türkei, sowie zwischen Spanien und Marokko besteht größtenteils aus Territorialgewässern und zählt nicht zur Hohen See. Auch Geflüchtete, die selbstständig über das Meer ankommen, werden von der Vereinbarung nicht erfasst (in Italien etwa 85% aller Schutzsuchenden). Diese wurden nicht von Schiffen gerettet, trotzdem benötigen die betreffenden Staaten Unterstützung bei ihrer Versorgung.

Bisher **schlossen sich keine weiteren Länder der freiwilligen Vereinbarung an**. Bulgarien, Griechenland und Zypern legten eine eigene Initiative vor. Proasyl kritisiert die EU-Staaten dafür, dass sie lediglich an Minimal- und Teillösungen herumbasteln statt ein umfassendes Rettungskonzept vorzulegen.

Ausführliche Kritik von Proasyl



Created by Smalikka
from Noun Project

Dublin-Abschiebungen aus sächsischen EAs

In letzter Zeit finden aus sächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen regelmäßig Dublin-Abschiebungen statt. Seit Anfang des Jahres versendet die Landesdirektion dazu ein Schreiben an Geflüchtete: Die Betroffenen sollen sich mit gepackten Koffern an einem bestimmten Termin in ihrer EA aufhalten. Werden sie nicht angetroffen, wird damit gedroht, sie zur polizeilichen Fahndung auszuschreiben und in „**Überstellungshaft**“ zu nehmen. Dies bestätigte die Landesregierung in der Antwort auf eine [Kleine Anfrage von Jule Nagel](#).

Die LINKE kritisiert hier, dass es zu Panik bei den Betroffenen und der Flucht in die Obdachlosigkeit kommen könnte. Denn: Eine solche Überstellungshaft ist rechtlich eigentlich nur dann zulässig, wenn im Einzelfall eine Fluchtgefahr droht. Das muss **individuell geprüft werden**. Außerdem muss Überstellungshaft erst bei einem Gericht beantragt werden. Das Schreiben suggeriert dagegen, dass die Haft eine automatische Konsequenz des Nichterscheinens bei diesem Termin wäre.

Die Landesregierung rechtfertigt das Schreiben damit, dass durch die Ankündigung die Abschiebung für die Betroffenen planbarer würde.

linXXnet - Brandstraße 15 - 04277 Leipzig - www.linxxnet.de

[Abbestellen!](#)

